

Das Thema ist in den Grundlagentexten bereits umfassend verankert:

- wie aktiv werden in unserer Gesellschaft
- wie global transportieren
- Keine grundlegende Neuerung, aber Aktualisierung und Konkretisierung ist notwendig.
- Frage: allgemein (auf Dauer angelegt) oder konkret und unmittelbar
- Migration: Wir mussten tatenlos zusehen, wie sich die Situation für Migrant*innen verschlechtert hat.
- Vorstellung: Teilhabe in "solidarischen Städten"
- Patriarchalische Sichtweisen/Verhältnisse aufbrechen und Vorstellungen Richtung Geschlechtergerechtigkeit entwickeln
- Ausblick: Soziales ist kein Beiwerk; SÖT (Sozial-Ökologische Transformation) durchbuchstabieren

Aktuelles Thema Sozialpolitik

Einführung des Themas anhand von Folien ([Link zu PDF](#))

Was können wir tun? Drei Zuspitzungen

- Energie: Fixpreis für die Grundversorgung kurzfristig, langfristig Grundversorgung global; Umstieg auf Erneuerbare Energieträger
- Wohnen: Menschenrecht auf Wohnen! Hinweis auf Vergesellschaftungskongress in Berlin
- Mobilität: 9€-Ticket - Verknüpfung von Sozialem und Klimaverträglichkeit

Input Globale Soziale Rechte

Input von Stefanie Kron, Professorin in Berlin an der Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit, davor war sie langjährige Mitarbeiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung, anhand von Folien ([Link zu PDF](#))

Stefanie Kron arbeitet schwerpunktmäßig zu Flucht und Migration und hat viel publiziert zu dem Thema Menschen in Bewegung. Weiterer Schwerpunkt ihrer Forschung ist das Thema der solidarischen Städte bzw. Stadtforschung aber auch Geschlechterforschung.

Soziale Gerechtigkeit ist ein großes Thema: ein gutes Leben für Alle. Voraussetzung für ein gutes Leben für Menschen ohne Papiere, Menschen auf der Flucht, Menschen, die nicht in den Systemen drin sind. Eine Voraussetzung dafür sind Städte, die sich zu sicheren Häfen erklären und „solidarische Städte“, die Menschen ohne Papiere den Zugang zu Gesundheits- und Sozialleistungen ermöglichen. Es geht um eine solidarische Migrationspolitik.

Wie rassistisch die aktuelle Migrationspolitik ist, wurde besonders deutlich während der Pandemie. Für Menschen ohne Papiere brachte die Pandemie weitere Verschlechterungen, Binnengrenzen wurden geschlossen, räumliche Segregation verstärkt: Moria soll hierfür als Synonym stehen. Sammelunterkünfte wurden abgeriegelt, von Sicherheitskräften bewacht, ohne medizinische Standards oder ausreichender Versorgung mit Lebensmitteln. Eine Erkrankung und die ganze Einrichtung stand wieder unter Quarantäne.

In Berlin wird von etwa 100.000 Menschen ohne Papiere ausgegangen, die schlechte Jobs ohne Sicherungen annehmen müssen und mit dem Verlust der Arbeit oft auch ihr Unterkunft verlieren. Wegen drohender Abschiebung wird der Besuch des Arztes oft vermieden.

Eine wichtige Regelung in diesem Zusammenhang ist die Massenzustromrichtlinie von 2001, entstanden während des Jugoslawienkrieges. Während eines Krieges wird die Verwaltung angewiesen, den Menschen 1 Jahr Aufenthalt zu gewähren mit Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen. Für die Menschen aus der Ukraine wurde das jetzt auf 2 Jahre verlängert, das ist menschenrechtlich okay, allerdings mit Einschränkungen. Für Menschen mit Papieren, die einen Aufenthalt oder Asyl haben, gilt diese Richtlinie, für Drittstaaten nicht, d.h. nicht für die Studierenden aus afrikanischen Ländern.

Seit ca. 2015 gibt es die Bewegung der Städte des Willkommens und der Zuflucht, der „solidarischen Städte“ und die Städte „Sicherer Hafen“. Die Bewegung „sicherer Hafen“ verstärkt seit 2018, als Häfen für Seenotrettung gesperrt wurden. Während der Pandemie wurde es ruhiger um diese Bewegungen. Ein Ansatz bedürfnisorientierter Ansatz für die Kommunen, d.h. die passenden Geflüchteten zur passenden Kommune, wird ins Gespräch gebracht. Die Kritik daran ist vor allem, dass Menschen in Bewegung nicht nur Bedürfnisse haben, sondern Rechte!

Die Rechte der Menschen prägen bisher den Ansatz der solidarischen Städte und der sicheren Häfen, bezogen auf kommunale Bereiche. Menschen ohne Papiere müssen in den städtischen Bürgerschaftspolitiken die gleichen kommunalen Rechte haben. Es gibt durchaus unterschiedliche Akteure. Ein herausragendes Beispiel ist der Bürgermeister aus Palermo: „In Palermo gibt es keine Migranten, in Palermo gibt es nur Palermitaner“. International geht es um das Recht auf Bewegung und Niederlassung.

Eine gemeinsame Forderung der solidarischen Städte und der Städte, die sich zu sicheren Häfen erklären, ist mehr Selbstbestimmung für die Kommunen: d.h. selbst über Aufnahme zu bestimmen, Aktivitäten gegen Abschiebung, Menschen ohne Papiere mehr Schutz gewähren, soziale Rechte und Sicherheit, manchmal auch politische Teilhabe sowie Kampagnen gegen Hass, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.

Die Idee einer solidarischen Stadt kommt aus Toronto/Kanada. In Europa gibt es verschiedene Städte, etwa 30 „Leuchtturmprojekte“. Diskutiert wird ein kommunaler Personalausweis wie in Barcelona, Bern und Zürich auch für Bremen, Berlin und Hamburg. Das Problem in Deutschland ist die bestehende Meldepflicht, z.B. vom Krankenhaus muss eine Person, die keine gültigen Aufenthaltspapiere hat an die Ausländerbehörde gemeldet werden. In der Diskussion wurde dieser Aspekt vertieft. Die Weiterleitung an die Polizei kann umgangen werden. Es bedarf einer unabhängigen Behörde, die aus Datenschutzgründen nicht weiterleitet. Eine Gruppe JuristInnen aus Hamburg lotet gerade aus, was geht, d.h., wie Gesetze interpretiert werden können, was jetzt schon geht.

Der Grundgedanke des kommunalen Personalausweises für Alle, ist der Zugang zu sozialen Diensten und kulturellen Einrichtungen für Alle. Dies verdeutlicht an dem Beispiel New York, durchaus ein Modell für Europa. Seit 2015 gibt es den kommunalen Personalausweis. Er ist kostenlos und Menschen, die in keinem Aufenthaltssystem drin sind, keinen Wohnsitz haben, können den Ausweis niederschwellig beantragen. Akzeptiert werden Fahrerlaubnis, Mietvertrag, aber auch eine c/o-Adresse oder ein Postfach. 2016, nach einem Jahr, wurde ausgewertet: Etwa 900.000 Menschen verwenden ihn. Davon wurden 70.000 befragt, auch viele, die die US-Staatsbürgerschaft haben, verwenden ihn. In New York gehen die Statistiker

von etwa 500.000 Menschen ohne Dokumente aus, der kommunale Personalausweis wird von weit über 1 Million Menschen in New York benutzt, aus Solidarität mit den Migrantinnen. Wichtig ist ein Lichtbildausweis zur Nutzung von öffentlichen Einrichtungen, Schulen. UND er verbessert das Gefühl der Zugehörigkeit.

In der Diskussion wurde noch der Aspekt formuliert, die Situation in New York sei eine andere, bei uns haben die meisten Menschen einen Personalausweis. Damit es keine 2-Klassen-Ausweise in den Kommunen in Deutschland gibt, müssten wir aus Solidarität mit Menschen in Bewegung ALLE den kommunalen Personalausweis beantragen und ihn in der Kommune benutzen. Den Perso bei einer Reise nach Portugal benutzen!

Ein weiteres Beispiel ist Barcelona, hier wurde ein Nachbarschaftsdokument eingeführt für Menschen, die 12 Monate in Spanien leben, hier werden sogar Stromrechnungen als Ersatz für Dokumente akzeptiert. Der spanische Zentralstaat muss diesen Ausweis nicht akzeptieren. Abschiebung liegt aber im Ermessen der Einwanderungsbehörden. Bisher wurden 2.000 Dokumente ausgestellt.

Es geht auch um Diskursverschiebung durch Druck aus der Zivilgesellschaft. In der Schweiz gab es die Kampagne „die ganze Welt in Zürich“. Ziel war es Politiker, Beamte und NGO's zusammenzubringen. Mit sehr kreativen Aktionen wie gemeinsame Schifffahrten auf dem Züricher See. Dieses Jahr wird in Zürich die City Card eingeführt werden, 2020 vom Stadtrat beschlossen, Bern wird folgen.

Etwa 10.000 undokumentierte Menschen erhalten so in Zürich Aufenthaltssicherheit und die soziale Teilhabe wird verbessert.

Fazit: Es geht um eine solidarische Migrationspolitik. Mitgliedschaft und Zugang auf kommunaler Ebene abhängig vom Wohnort.

Nicht wie bei den Deutschen. Hier ist die Staatsbürgerschaft abhängig von der Abstammung. (kleine Einfügung von MK: Geht auf das preußische Staatsbürgerrecht 1842 zurück, wird 1871 mit der Reichsgründung in das deutsche Staatsbürgerrecht übernommen und in die Weimarer Verfassung mit aufgenommen. Deutscher ist nicht der Mensch, der hier geboren wird, sondern dessen Vorfahren Deutsche sind. So wird diese vermeintliche Blutgemeinschaft der Deutschen schon seit fast 200 Jahren verinnerlicht. Roma, Menschen, die ja schon seit über 600 in Europa leben, sind so keine Deutschen und konnten ausgewiesen werden, Polen und Juden ebenso. Ausweisungen schon lange vorm NS).

Die rechtlichen Unwägbarkeiten erfordern einfach den entsprechenden politischen Willen. Dies wurde auch in der Diskussion angeschnitten: Woher kommt die Panik in der Politik vor dem Zuzug von Geflüchteten?

Progressive Migrationspolitik ist nicht einfach umsetzbar und wird nicht von allen Wähler*innen mitgetragen. Bürgerliche Parteien wollen Wähler*innen von AfD und anderen Rechten nicht verschrecken. Dazu kommt der Aspekt, dass der Bund mehr Kompetenzen der Kommunen in der Migrationspolitik eher nicht will.

Ein wichtiger Aspekt der City-ID ist ihr transformatorischer Aspekt, der nicht aus den Augen verloren werden darf. Es geht nicht nur um eine Wohltätigkeitsveranstaltung, sondern um politische Teilhabe.

In der weiteren Diskussion wurde auf die Armutsentwicklung der Gesamtbevölkerung hingewiesen: „Ein obdachloser Mensch versteht das nicht“. Nehmen Migranten was weg, wer ist arm? 90% der Unterschicht haben einen migrantischen Hintergrund. Die Tafeln werden von Menschen gestürmt, ein großer Anteil mit Migrationshintergrund.

In der Diskussion wurde auch darauf hingewiesen, dass sich das Konzept der „solidarischen Städte“ an alle Menschen in der Stadt richtet, die irgendeine Form sozialer Benachteiligung oder Diskriminierung erfahren. Gemäß dem Slogan: „Eine Stadt für alle“.

Diese Aspekte wurden dann sowohl durch die Inputs der AG's als auch in den Kleingruppen weiter diskutiert. Mit guten Ergebnissen!

Zum Schluss eine wichtige Frage: Geht das nur in Städten oder gibt es auch solidarische Landkreise. SK nannte das Beispiel eines kleinen Dorfes in Italien: Riace. 1998 kamen dort geflüchtete Menschen in einem Schiff an: Wir schicken sie nicht weg, wir schicken sie nicht in eine Unterkunft, sie werden sofort integriert. Und das wurde mehrmals gemacht: Tenor: So viele Junge haben das Dorf verlassen, lasst es uns mit den neuen BewohnerInnen wieder zum Leben erwecken.

Solidarische Kommunen sind im ländlichen Raum gut möglich. Städte werden von den Menschen in Bewegung oft bevorzugt, da undokumentierte Menschen bessere Voraussetzungen haben, leichter Arbeit finden. Eine solidarische migrationspolitische Kommunalpolitik muss alle ansprechen, die politische Beteiligung wünschen.

Solidarity City ist ein Teil von Stadt für Alle. Ein gutes Leben in der Stadt für alle ist nur möglich, wenn wir alle mitnehmen und die Menschen, die keine Papiere haben, nicht an den Rand gedrängt werden. Es darf auch nicht nur proklamatorische Symbolpolitik sein. Es geht aber auch darum, erstmal anzufangen! Es gibt 300 sichere Häfen, solidarische Städte und Gemeinden. Das bedeutet immer, die BürgermeisterInnen und/oder Stadtregierungen stehen dahinter. Und es ist eine klare Abgrenzung gegen rechte Politik, deren Positionen genau diese Menschen ausgrenzen und die Rechte innerhalb der Kommune auf Biodeutsche konzentriert wissen wollen.

Anforderungen an ein gerechtes Sozialsystem

Hardy von der AG "**Genug für alle**" stellt die langjährige Arbeit vor und geht auf die Debatten um das Bedingungslose Grundeinkommen ein. Es geht um gutes Leben und um Teilhabe. Begriff der "Tätigkeitsgesellschaft", es geht auch um Kultur und Care, nicht nur um Erwerbsarbeit. Das BGE bedeutet nicht die Abschaffung des Sozialstaates, sondern eine Ergänzung. Das BGE steht nicht isoliert, sondern im Kontext mit anderen Themen wie etwa Globale Soziale Rechte, hierzu gibt es auf dem Youtubekanal der AG über 60 Videos. Aktuell steht die Verknüpfung mit dem Thema Klima an.

Ergänzung im Chat von Werner: "Jeder Mensch hat ein Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum, das muss sich niemand verdienen, das ist Teil des Menschseins, ist Menschenrecht. Es ist genug für alle da! Attac will den solidarischen Ausgleich zwischen Starken und Schwachen, Jungen und Alten, Gesunden und Kranken. Wir wollen Sozialsysteme, die allen die notwendige Daseinsvorsorge gewähren und alle Einkommen gemäß Leistungsfähigkeit zur Finanzierung heranziehen. Auch und gerade die Unternehmensgewinne. Wir wollen eine Welt der globalen Umverteilung zwischen Gewinnern und Verlierern der neoliberalen Globalisierung, mit Schuldenstreichung und einer

Weltordnung, die den arm gemachten Ländern eine eigene Zukunft erlaubt."
(Ratschlagsbeschluss: Herbstratschlag 2003 in Aachen, Ergänzung: Flyer dazu habe ich euch gemailt)

Dagmar von der **AG Soziale Sicherungssysteme** berichtet über die Kampagnen im Gesundheitsbereich gegen Fallpauschalen, die teilweise erfolgreich waren. Dann startet die Folienpräsentation mit dem Thema Bürgerversicherung. ([Link zu PDF](#))

Rolf und Marie-Dominique von der **PG Soziale Frage** stellen ihre Arbeit vor: Rolf berichtet von den Aktivitäten im Bereich der Rente, eine gute Rente als Start in eine Bürgerversicherung, hierbei unterstützen sie einerseits "Renten wie in Österreich! Jetzt!" von RentenZukunft und auch die "Kampagne gegen die Aktienrente". Alles weitere im Papier. ([Link zu PDF](#))

Alfred stellt die Berührungspunkte der **AG Finanzmärkte und Steuern** mit dem Thema vor: Im Steuerpapier, das letztes Jahr vorgelegt und beschlossen wurde, stehen Finanzierungsmodelle für die Bürgerversicherung. Auch das Thema Rente ist gerade mit dem Nein zur Aktienrente da.

Brigitte weist auf das ausführliche Papier der **AG Europa** hin und stellt die dort notierten Punkte kurz vor. ([Link zu PDF](#))

Austausch in Kleingruppen

Bericht aus der AG 1

- Kümmern um Erhöhung von Transferleistungen
- Bedürfnisorientiertes Leben für alle weltweit
- Ressourcenumverteilung
- Gemeinsamer Kampf für eine solidarische Gesellschaft
- Grundversorgung (Energie, Mobilität ...) kostenlos und repressionsfrei
- Bürgerversicherung ist gute Idee, -> Rezession nutzen, um dafür zu werben.
- Wie bringen wir unsere Themen in die Proteste im Herbst ein?
- Grundversorgung für ein menschenwürdiges (?) Leben, für Teilhabe (muss umschrieben werden) für alle, egal mit welchem Pass.
- Gleichermaßen selbstbestimmtes Leben für alle Menschen weltweit einschließlich zukünftiger Generationen
- Höhe der Grundversorgung muss immer gesellschaftlich ausgehandelt werden.
- Kapitalismuskritik mitdenken -> Systemkrisen

Ergänzung im Plenum: Frage nach Begrifflichkeiten: Was bedeutet Grundbedarf genau?

Bericht aus AG 2

- Ohne rigorose Umverteilung des Reichtums kann es keine soziale Gerechtigkeit geben
- Ergebnis des Ratschlags 2003 weiter gültig*
- Recht auf gutes Leben (weltweit)
- Gegen Finanzialisierung (z.B. Aktienrente) als Ursache der Probleme angehen
- Kampagnen-/Handlungsfähigkeit nötig: Was heißt das hier und heute?
- Roter Faden nötig/Zusammenführung bestehender Ansätze
- Kampagnen ergeben sich aus dem Selbstverständnis und aktueller Situation

- Der Rat sollte bundesweit agieren und Kampagnen anstoßen, Regionalgruppen kochen ihr eigenes Süppchen, attac-Mitglieder bekommen zu wenig von den jeweiligen Aktivitäten mit
- *Jeder Mensch hat ein Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum das muss sich niemand verdienen, das ist Teil des Menschseins, ist Menschenrecht.
- Es ist genug für alle da!
- Attac will den solidarischen Ausgleich zwischen Starken und Schwachen, Jungen und Alten, Gesunden und Kranken.
- Wir wollen Sozialsysteme, die allen die notwendige Daseinsvorsorge gewähren und alle Einkommen gemäß Leistungsfähigkeit zur Finanzierung heranziehen.
- Auch und gerade die Unternehmensgewinne.
- Wir wollen eine Welt der globalen Umverteilung zwischen Gewinnern und Verlierern der neoliberalen Globalisierung, mit Schuldenstreichung und einer Weltordnung, die den arm gemachten Ländern eine eigene Zukunft erlaubt.

Ergänzungen im Plenum: Diskussion ging eher um Koordination innerhalb von Attac

Bericht aus AG 3

- Thema ist breit;
- Was ist das Kernthema von attac im Bereich Soziales? Z.B. An die Bedürfnisse/Ansichten der "normalen" Menschen denken, z.B. steigender Arbeitsdruck, Erschöpfung. Welchen Stellenwert hat die Unterstützung von Migrantinnen
- Wo liegen im sozialen Bereich die Schwerpunkte unseres Engagements?
- Attac war schon immer im Bündnis mit Gewerkschaften, das sollen wir weiter machen. Thema Care-Arbeit ebenfalls aufgreifen
- Wir sollen uns auch auf die Probleme der ganz Armen beziehen?
- Anspruchsvoll, die Erklärung von 2002 zu ändern. Insbesondere Aktualisierungsbedarf beim Punkt "was tun?" z.B. solidarische Bürgerversicherung aufnehmen;
- Schuldenkrise besser analysieren
- Schattenbanken, z.B. Blackrock aufnehmen
- Recht auf Arbeit unter guten Bedingungen
- Wie schaffen wir es, Veränderung herbeizuführen? Mit wem?
- Wir wollen uns global orientieren, aber: Wie funktioniert Armutsbekämpfung konkret? Bei uns und weltweit? Bedenken: Armutsbekämpfung beinhaltet auch den weltweiten Zugang zu sauberer Energie.
- Es muss andere Arbeitsmöglichkeiten zum Thema Soziales geben. Handlungsnotwendigkeiten konnten nur angerissen werden

Ergänzung im Plenum: Dissens, mit wem Attac kooperieren sollte, alles machen oder auf einzelne Punkte fokussieren?

Abschluss / Zusammenfassung

Ergebnis der Karteikartenabfrage: Was sind deine Erwartungen an ein gerechtes Sozialsystem?

Ergebnis Kartenabfrage 2: Erwartungen an ein gerechtes Sozialsystem



Abschlussdiskussion

Mechthild fasst die Diskussion mit S. Kron zusammen: Gute Forderungen an Soziale Sicherung schließen alle Menschen mit ein und stellen sich Ausgrenzung entgegen, daher "für alle" fordern. Finanzierungsvorschläge wie Vermögenssteuer sind wichtig. Solidarische Städte können auch auf dem Land liegen 😊

Diskussion:

- Frage nach Effektivität der Veranstaltung, was hat sie für die neue Attac-Erklärung gebracht.
- Problematisierung des Begriffs "Globaler Süden": Notwendig ist eine Klärung, was genau damit gemeint ist.
- Lob für die Veranstaltung, Attac-Selbstverständnis in Zukunft regelmäßig aktualisieren
- Hinweis auf Schreibprozess für die neue Attac-Erklärung
- Werbeblock: 9.10. nächste Veranstaltung im Erneuerungsprozess zu Demokratie
- Abschied und Dank